

Bezugspreise:
Die Hälfte monatlich bei zweimonatlicher Zahlung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 2,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark. Zusatzt. Zustellungsgebühr. Die Postanträge werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im monatlichen Zeitungsverzeichnis unter Angabe der Zeitungsnummer und des Bezugspreises eingetragene. Für unvollständige eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der Redaktion. Die Redaktion ist für die Druckfehler der Zeitungsnummer nicht verantwortlich. Dr. 1103, der Zeitungsnummer Dr. 1103, der Zeitungsnummer Dr. 1103.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die in gelbdruckter 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reflektoren die 22 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an allen Stellen der Zeitung. Die Anzeigenpreise sind für die ersten drei Tage. Die ersten drei Tage 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal, Schriftleitung und Haupt-Verwaltung 10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Nr. 199.

Halle, Sonnabend, den 30. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Frankreichs Niederlage in der Reparationskommission.

Frankreichs Wahnsinn wird gebrochen.

W.B. Paris, 29. April. Chicago Tribune teilt mit die Reparationskommission in die sie jetzt gegen Deutschland könnten aus dem Grunde allein, daß es die bis zum 1. Mai fälligen 20 Milliarden nicht bezahlt habe, die Sanktionen nicht angewendet werden. Der Beschluß sei gegen den vermeintlichen Widerstand der französischen Delegation gefaßt worden.

Der erste Lichtblick in der überaus traurigen politischen Gegenwart. Zwar gibt er zum Trostlosen noch keinen Anlaß, aber er ist doch immerhin ein bedeutsames Anzeichen dafür, daß man in den Reihen der Entente selbst von Frankreich abzurücken beginnt, seitdem man Amerika auf der Seite weiß, die ein Interesse an der Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Beziehungen der ganzen Welt hat und haben muß. Die Reparationskommission war bisher nur ein Werkzeug zur Verwirklichung der unerfüllten französischen Forderungen. Und auch Lloyd George fiel immer wieder um, sobald er eine der berüchtigten vertraulichen Konferenzen mit Briand hinter sich hatte. Das Geheimnis, das hinter dieser fonderbaren Laune steht, wird vielleicht sobald nicht entlockt werden. Tatsache aber ist, daß die Haltung Lloyd Georges in diesem Fall die nicht-französischen Mitglieder der Reparationskommission auslagerte war, auch dann, wenn sie sich ursprünglich gegen die Überstimmung des Bogens durch Frankreich gewendet hatten und mit der französischen Generalpolitik nicht einverstanden waren. Eine größere Bedeutung für die Gestaltung der Zukunft der Welt als Lloyd George hat nur aber Amerika, das bisher abseits stand und den Dingen ihren Lauf ließ, um sich erst einmal das Chaos aus sich selbst heraus etwas entwirren zu lassen. Unter Harding macht Amerika jetzt seine Macht geltend. Nicht aus Liebe zu Deutschland tritt es als Gegner des imperialistischen Wahnsinns auf. Es leidet aber wirtschaftlich unter diesem Wahnsinn ebenso wie alle Völker der Erde und will deswegen den Haß befeitigen, der die Welt nicht zur Ruhe kommen läßt. Es will seine Handelsbeziehungen wieder aufnehmen und die Märkte zurückgewinnen, die ihm die französische Verächtlichkeit sperrt. Und es hat zur Durchsetzung seines Willens die Zwangsmittel in der Hand, denn es ist der Eigentümer der ganzen Entente geworden, dessen Sittenregeln schon die Sieger zu Raufen bringen kann. In seinem Glorie-Taumel und Siegestrausch, vielleicht auch in der wirtschaftlichen Verzweiflung, die ihm als Kassenkammer des Krieges droht, hat Frankreich sich nicht trauen lassen, daß Amerika so real und nüchtern denkt, n. B. könne und hat daher bis zum letzten Augenblick aus den Klängen, die aus Washington herüberdröhen, immer nur das herausgehört, was ihm gefiel. Nun aber, da Amerika als Machtfaktor für das Weltengeschehen in die Erscheinung getreten ist und — das kann man wohl annehmen — indirekt ein wenig bei der Anordnung Hardings durch Dr. Simons nachgeholfen hat, fallen die Milliarden Franzosen die Schuppen etwas von den Augen, denn auch sie können und wollen es mit Amerika nicht verderben. So haben denn die Mittläufer durch ihre Delegationen in der Reparationskommission den Mut gewonnen, sich gegen den französischen Terror und Wahnsinn aufzulehnen. Man wird kaum sehr gehen, wenn man annimmt, daß auch Lloyd George mit dem Gang der Ereignisse nicht ganz unzufrieden ist. So braucht er seinen Vorgesetzten Briand nicht vor den Kopf zu stoßen, sondern kann mit einem bebauenden Abschlucken auf die härtere Macht der Verhältnisse hinweisen.

Ob die Franzosen den Beschluß der Reparationskommission anerkennen werden, steht natürlich noch dahin. Bei ihrem überstimmten Fanatismus ist es mehr als wahrscheinlich, daß sie das „irreguläre“ Abenteuer des Einmarsches ins Ruhrgebiet doch noch auf eigene Verantwortung unternehmen werden. Wir müssen also nach wie vor damit rechnen. Aber wir können auch die Gewißheit haben, daß ein solcher Einmarsch gegen den Willen der Reparationskommission unsere moralische Position gegenüber Frankreich wesentlich stärken wird, weil er die wahren Absichten der Franzosen reiflos zu enthüllen vermag.

Das Ziel und die Taktik Frankreichs.

Ueber die Absichten der französischen Regierung kann nach den Äußerungen der Pariser Presse und den letzten Sprechungen kein Zweifel mehr bestehen. Während Deutschland in letzter Stunde ein vielleicht sogar

über seine Kraft hinausgehendes Entschädigungsangebot gemacht hat, um die Beschäftigung des Ruhrgebietes und des westfälischen Industriegebietes zu verhindern, führt der französische Ministerpräsident das Gegenangebot, die Ausprägung über dieses deutsche Angebot unter den Alliierten hinauszuführen, um die militärische Belagerung des Ruhrgebietes zu erzwingen, bevor die sachliche Ausprache über die Regelung der Entschädigungsfrage beginnen kann. Zu diesem Zwecke hat die französische Regierung in Washington eine ausführliche Kritik der deutschen Vorschläge notifiziert mit dem Vorbehalte, daß die Auseinandersetzung zwischen den Alliierten nicht in Washington ausgetragen werden könne, sondern zur Kompetenz des Obersten Rates gehöre, der in London zusammenzutreten soll. Die Verhandlungen über das deutsche Angebot werden mindestens bis zum Montag, d. h. bis zum 2. Mai, vertagt. In Paris rechnet man offenbar damit, daß die Alliierten sich schließlich mit der Regelung des Ruhrgebietes abfinden werden als mit einem Zwangsmittel, das Deutschland zu neuen jugendlichen Anstrengungen zwingt. Nach der ganzen Haltung Briands und seiner Presse ist es aber nicht zweifelhaft, daß die Franzosen das Ruhrgebiet als ein dauerndes Pfand beanspruchen, das heißt: daß sie es bis zur vollständigen Zahlung der Entschädigungen behalten möchten. Welche Haltung die Londoner Konferenz einnehmen wird, läßt sich nach den bisherigen Meldungen noch nicht mit Sicherheit beurteilen. Es ist vor all in Dingen noch nicht bekannt, wie sich die Regierung der Vereinigten Staaten zur Konferenz stellen wird.

Die deutsche Botschaft in Paris hat der Agence France eine laudable Erklärung zu den Entschädigungen des deutschen Ruhrgebietes gegeben. Natürlich hat das halbamtliche Nachrichtenbüro der französischen Regierung den tatsächlichen Inhalt dieser Berichtigung unterlassen mit der Bemerkung, daß der Schritt der deutschen Botschaft nur deshalb Beachtung verdiene, weil er beweise, daß man sich in Berlin endlich wegen des schlechten Eindrucks des deutschen Angebots beunruhige.

Schlechter Eindruck in England.

Kreuzer erfährt auf eine Anfrage in maßgebenden Kreisen, daß die Auslegung, die infolge britischer Rückfrage bezüglich der deutschen Note an die Vereinigten Staaten gegeben wurde, einen sehr schlechten Eindruck hervorgerufen habe. Ansehender Weise man die Rückfrage nur als eine Distinktion an. Bisher liege keine Mitteilung bezüglich des Distinktionswortes vor, während die Annuitäten, in denen Deutschland zu zahlen gemittelt ist, sich auf 70 oder 80 Jahre zu erstrecken schienen. Die unbefriedigende Natur der Antwort in einem so wichtigen Punkte habe notwendigerweise mangelnde Auffassung für zahlreiche unglückliche Bemerkungen Anlaß gegeben. Solange die deutschen Vorschläge mit Bezug auf vitale Teile unklar blieben, sei es äußerst unwahrscheinlich, daß sie als Grundlage einer Erörterung angesehen werden könnten. Nach britischer Ansicht sei es zweifelhaft, daß irgend eine befriedigende Entwicklung eintreten werde. Was die Wirkung der Ereignisse der letzten Tage auf den bevorstehenden Zusammentritt des Obersten Rates anbelangt, so wird darauf hingewiesen, daß angesichts dessen, daß die Alliierten eine offizielle Anzeige begeben, es sehr unwahrscheinlich ist, daß sie überhaupt im Rate der Alliierten erörtert werden, dessen Aufgabe es nur sein soll, zu entscheiden, welche Aktion im Hinblick auf die Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen getroffen werden soll.

Die vorläufige Ortsklasseneinteilung.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Ausrückung des Ortsklassenzeichnisses vorgegangen. In der Begründung heißt es, daß die endgültige Einteilung nicht möglich wäre, bevor die Ermittlungen völlig abgeschlossen sind und daß dazu noch eine Reihe von Monaten erforderlich seien. Inzwischen müsse bis dahin eine provisorische Regelung erfolgen. Für die Orte über 10 000 Einwohner sei das bereits einmal durch das Vorgehen der Regierung erreicht worden. Die Nichtberücksichtigung aller Orte unter 10 000 Einwohner habe zu unzulässigen Zuständen geführt und namentlich bei den Beamten der kleineren Orte eine lebhaftige Missstimmung erzeugt. Trotz erheblicher Bedenken habe man sich zur Vorlage eines vorläufigen Ortsklassenzeichnisses entschlossen. Die vorläufige Regelung sei nur ein Zwangsmittel, um die Ermittlungen vorzunehmen zu ermöglichen. Diese Vereinfachung sei zwischen den drei Kabinetten Regierung, Reichsrat und Reichstag getroffen. Der Entwurf bringt in erster Linie ein: A. Einteilung der Orte unter 10 000 Einwohnern, berücksichtigt aber auch alle Orte mit mehr als 10 000, die für eine höhere Ortsklasse als die vorgelegten wurden. Einteilungen wurden nicht vorgeschrieben. Mit dieser Einteilung ist eine endgültige Verabreichung des Ortsklassenzeichnisses ermöglicht. Im Laufe der Sommermonate wird der 23. August des Reichstages hienach Gelegenheit haben, das überreichte Material von 6000 bisher vorliegenden Petitionen zu prüfen und dann die endgültige Einteilung vorzunehmen. Die Regierung sieht als Zeitpunkt hierfür den 1. Oktober 1921 an. Die Beamten der Orte, deren Heranzählung noch nicht erfolgt ist, brauchen deshalb die Hoffnung auf eine gerechte Einteilung nicht aufzugeben. Zwecklos ist es aber,

wenn jetzt im Augenblick zahlreiche Deputationen aus den einzelnen Orten, besonders aus Westfalen, aufgeschickt durch ein Rundschreiben des Zentralratslandsratsabgeordneten Baumhoff in Berlin erscheinen und die Abgeordneten zu bearbeiten versuchen, schon bei der vorläufigen Regelung Änderungen herbeizuführen. Es ist bedauerlich, daß hier durch das Vorgehen eines mit der Materie absolut un vertrauten Landtagsabgeordneten unnütze Gelddausgaben und große Enttäuschung für die Beamten und auch eine unnütze Belästigung für die Reichstagsabgeordneten verursacht wird.

Das Echo der deutschen Vorschläge.

In der Schweizer Presse mehren sich die Stimmen, nach dem die deutsche Aktion in Washington ein außerordentlich geschilderter und vernünftiger Schritt ist. Es wird auch zugegeben, daß das neue Angebot bedeutend weiter geht als das Londoner Angebot. Die Hauptfrage ist aber jetzt, was Amerika zu tun gedenkt. In dieser Hinsicht wäre nach der „Neuen Zürcher Zeitung“ kaum anzunehmen, daß Harding dem neulich formulierten Begehren Frankreichs irgend eine Opposition mache. Vielmehr werde Harding einen Mittelweg einschlagen und nach Berlin hinüber Vorschläge abmitteln, wie man zu annehmbaren Vorschlägen gelangen könne. Man scheine in den Vereinigten Staaten in dieser Beziehung vor allem auf Hoover Hoffnung zu setzen. Die „Baller Nachrichten“ erklären, daß die deutschen Vorschläge auf jeden Fall der Erörterung wert seien. Frankreich wolle aber nicht mehr verhandeln, sondern ins Ruhrgebiet einrücken und auf dem europäischen Kontinent das französische Kohlenmonopol errichten. Damit würden alle Neutralen, die auf deutsche Kohle angewiesen sind, für Frankreich in Kontribution gestellt, um die deutschen Schulden zahlen zu helfen. Diese Ansicht ginge, so schließt das Blatt, auch den beiden ansehnlichsten Großhändlern in Deutschland, die amerikanische Interesselle der Ruhr, d. h. den Einmarsch ins Ruhrgebiet der feindliche Forderung, die wieder erreicht werden würde, wenn Frankreich gegen die Interessen Englands, Amerikas und der ganzen Menschheit eine prüfungslöse Ablehnung der deutschen Vorschläge durchsetzen sollte.

Um die Immunität der Kommunisten.

In der gestrigen Bürgergerichtsitzung in Hamburg wurde der Antrag des Gehaltsaufschusses aus dem Aufhebung der Immunität des kommunistischen Stadtverordneten Hermann Reich angenommen. Der Antrag um Aufhebung der Immunität der Kommunisten Otto Guhrmann, der auf eine Verurteilung des Generalstaatsanwalts hin erfolgen sollte, wurde zunächst zurückgelegt. Abgelehnt wurde der von den Kommunisten eingetragene Antrag, die Strafverfolgung der Mitglieder Köppen, Böllner und Daeslein einzustellen. Neu war, daß der Rechtsvertreter des Gehaltsaufschusses, Dr. Mantius, betonte, daß Hermann Reich selbst telegraphisch den Wunsch auf Aufhebung seiner Immunität zwecks Klarstellung der Angelegenheiten ausgesprochen hatte. Bei dieser Debatte kam es wieder zu erheblichen Ruhestörungen.

Der neue Fernsprech-Gebühren Tarif.

Seit Jahre acht unsere Post- und Telegraphenverwaltung mit dem Gedanken um die Gebühre für das Fernsprechen nach zu regeln; dabei leidet sie der Gedanke, daß der Betrieb sich selbst erhalten soll. Ein Entwurf ist Anfang dieser Woche mit dem Verkehrsbeirat durchgearbeitet worden; er wird nun der Reichsregierung vorgelegt. Dann hat sich der Reichsrat damit zu beschäftigen. Die endgültige Entscheidung liegt selbstverständlich beim Reichstage. Der neue Entwurf bricht grundsätzlich mit der Postgebühre. In den Vereinigten Staaten hat man bereits vor 26 Jahren den Posttarif abgeschafft. Der eingeführte Gesprächsgebührentarif hat zuerst die Zahl der Teilnehmer beträchtlich vermindert; dann hat sich aber deren Zahl außerordentlich gehoben. Die Kosten für den Fernsprechbetrieb sind bei uns außerordentlich gering. Es wäre völlig unglücklich, wenn man die Allgemeinheit heranziehen wollte. Zur 14. v. H. der gemerblichen Bevölkerung haben einen Fernsprechanlage, und nur 1,7 v. H. der gesamten Bevölkerung. Man kann unmöglich verlangen, daß 88 v. H. der Bevölkerung für die Ausgaben dieser nicht 2 v. H. aufkommen. Bei Gas, Wasser, Elektrizitätsanlagen ist es ganz selbstverständlich, daß der Abnehmer die Abrechnung jenseitig sich auf seine Wohnung beziehen, selber trägt. In Zukunft soll die Fernsprechgähre sich aus folgenden drei Faktoren zusammensetzen: Einmalige Einrichtungsgebühr (jährliche Miete für Hergebe des Apparats) und endlich Zahlung für jedes Gespräch. Die Kosten für die Einrichtungen werden für eine Hauptstelle wahrscheinlich mit 200 Mark, für einen Nebenanschluss mit 100 Mark in Aussicht gebracht. Wird ein Apparat in einem anderen Gebäude noch aufgestellt, so werden dafür 300 Mark bezahlt. In Zukunft soll die Zahl der Nebenanschlüsse in beschränkter sein (die Beschränkung auf fünf Nebenanschlüsse soll fortfallen). Die Grundgebühr, die je nach der Größe des Fernsprechnetzes sich etwas ändern soll, wird zwischen 450 bis 700 Mark liegen; sie soll auch nur dazu dienen, die Gebühren für die Größe des Fernsprechnetzes zu decken, einermehreren zu bedarf. Da die Betriebskosten für ein einzelnes Gespräch zwischen 20 und 36 Pfg. liegen, so wird für das Einzelgespräch 25 Pfg. zu entrichten sein.

